

Regierungsratsbeschluss

vom 28. Mai 2013

Nr. 2013/951

Änderung der Kantonsverfassung: Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis und weiteres Vorgehen

1. Erwägungen

Mit RRB Nr. 2012/1786) vom 3. September 2012 hat der Regierungsrat den Entwurf zur Änderung der Kantonsverfassung: Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung in erster Lesung beraten und beschlossen. Das Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt und beauftragt worden, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist endete am 30. November 2012. Es haben sich nachstehende Organisationen am Vernehmlassungsverfahren beteiligt:

1.1 Eingereichte Vernehmlassungen

Eine Vernehmlassung eingereicht haben:

- FDP Die Liberalen, Kanton Solothurn (1)
- CVP, Kanton Solothurn (2)
- SP, Kanton Solothurn (3)
- Grüne, Kanton Solothurn (4)
- EDU, Kanton Solothurn (5)
- SVP, Kanton Solothurn (6)
- Grünliberale Partei, Kanton Solothurn (7)
- AEK Energie AG (8)
- Solothurner Handelskammer (9)
- Solothurnischer Bauernverband (10)
- Hauseigentümergeverband Kanton Solothurn (11)
- Bürgergemeinden und Waldeigentümer Verband Kanton Solothurn (12)
- Verein "JA zur Gewinnung und Nutzung erneuerbarer Energien im Naturpark Thal" (13)
- WWF Solothurn (14)

- Solothurnische Interkonfessionelle Konferenz (15)
- REPLA GB Regionalplanung im Raume Grenchen-Büren (16)
- Verband der Gemeindebeamten des Kantons Solothurn (17)
- USIC -Regionalgruppe Solothurn (18)
- Stadt Olten, Stadtpräsidium (19)
- Stadt Solothurn, Stadtpräsidium (20)
- Adrian Roth, Deitingen (21)

1.2 Verzicht auf eine Vernehmlassung

Auf eine Vernehmlassung ausdrücklich verzichtet haben:

- Obergericht Kanton Solothurn (22)
- Regionalverein Olten–Gösgen–Gäu (23)

2. Vernehmlassungsergebnis

2.1 Einleitende Bemerkungen

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst die geplante Änderung der Kantonsverfassung "Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung". Favorisiert wird von 14 Vernehmlassungsteilnehmenden der Vorschlag des Regierungsrates, wobei acht (2, 5, 12, 15, 16, 17, 18, 20) diesem Vorschlag vorbehaltlos und fünf (1, 4, 10, 13, 14, 19) mit unterschiedlichen Änderungsanträgen zustimmen. Den Vorschlag Hadorn bevorzugen zwei (3, 7) der Vernehmlassungsteilnehmenden, jedoch mit Änderungsanträgen.

Eine Minderheit steht der Vorlage ablehnend gegenüber, weil sie der Auffassung ist, die Förderung von erneuerbaren Energien sei nicht kantonale, sondern schweizweit im Rahmen der Energiestrategie 2050 zu regeln. Zudem wird befürchtet, dass die verfassungsrechtliche Bestimmung neue finanzielle Begehrlichkeiten wecke, die aufgrund der finanziellen Situation des Kantons gar nicht erfüllt werden können (6, 8, 9, 11).

Adrian Roth (21) lehnt sowohl den regierungsrätlichen Vorschlag wie auch den Vorschlag Hadorn ab und bringt einen eigenen Vorschlag ein.

2.2 Fazit

Das Vernehmlassungsergebnis zeigt eine überwiegende Zustimmung zum Vorschlag des Regierungsrates und dementsprechend eine Ablehnung des Vorschlages Hadorn. Wir stellen zudem fest, dass die politischen Parteien – mit Ausnahme der SP und der GLP Kanton Solothurn – den Vorschlag des Regierungsrates unterstützen. Der Vorschlag Hadorn dürfte deshalb im Parlament nicht mehrheitsfähig sein und wird in Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat nicht mehr aufgenommen.

3. **Beschluss**

- 3.1 Von den eingegangenen Stellungnahmen wird Kenntnis genommen. Der Regierungsrat dankt allen Personen und Organisationen, die sich am Vernehmlassungsverfahren beteiligt haben.
- 3.2 Das Volkswirtschaftsdepartement wird beauftragt, Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat auszuarbeiten.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Regierungsrat (6)
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wirtschaft und Arbeit (2)
Amt für Wirtschaft und Arbeit, Energiefachstelle
Aktuarin UMBAWIKO
Personen und Organisationen, die sich am Vernehmlassungsverfahren beteiligt haben (23, Versand durch AWA, Energiefachstelle)